

Mit internetbasierter bürgerchaftlicher Koproduktion zu einer neuen Partizipationskultur

Basanta E. P. Thapa

Die Forderung nach mehr politischer Partizipation jenseits des Parteiensystems prägt seit mehreren Jahrzehnten die Diskussion um die Revitalisierung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Im Folgenden argumentiere ich, dass das Problem weniger in den mangelnde Möglichkeiten als vielmehr im fehlenden Willen zur Partizipation liegt, der auf einer grundlegenden Entfremdung von Staat und Bürger beruht. Weiter zeige ich auf, weshalb die Beteiligung der Bürger an der Produktion öffentlicher Leistungen das Fundament politischer Partizipation bildet. Basierend auf den Lehren des Neuen Steuerungsmodells und den neuen Möglichkeiten des Internets heraus schlage ich eine internetbasierte Plattform für das Partizipationsmanagement der Bürgerbeteiligung vor.

Was ist das Problem? – Politikverdrossenheit und Entfremdung zwischen Bürger und Staat

Fast alle westlichen Demokratien ringen mit unterschiedlichen Formen der Politikverdrossenheit. Politikverdrossenheit bezeichnet ein Zusammenspiel aus der Unzufriedenheit der Bürger mit den Akteuren und Ergebnissen der Politik sowie das Gefühl, persönlich keinen Einfluss auf die Politik zu haben.¹ In Deutschland wird dies an verschiedenen Stellen sichtbar: Beispielsweise schwinden die Mitgliederzahlen der politischen Parteien seit den 1980ern deutlich. Zugleich stimmen über 90 Prozent der Bundesbürger der Aussage »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.« zu.² Andererseits bewerten 60 Prozent der Bundesbürger die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems der Bundesrepublik mit »gut« bis »sehr gut«.³

Diese Kombination aus grundlegender Zufriedenheit mit dem Regierungssystem und schwindendem Partizipationswille deutet darauf hin, dass die Mehrheit der Bürger sich in der passiven Rolle des Regierten eingerichtet

hat. Auf Dauer höhlt eine reine Legitimation durch die Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik jedoch das Fundament eines demokratischen Systems aus. Denn wenn die Akzeptanz des politischen Systems nur von Ergebnissen der Politik abhängt, hat jeder exogene Schock und jede politische Fehleinschätzung das Potential zur Staatskrise. Ohne Fundierung in der der Rechtmäßigkeit von Wahlen und politischen Prozessen stellt jedes unerwünschte Politikergebnis das politische System als Ganzes in Frage.

Diese Entkoppelung von Input und Output des politischen Systems kann auch Politikverdrossenheit erklären. Der Bürger begegnet dem Staat in verschiedenen, voneinander isoliert scheinenden Rollen. Auf der Output-Seite des Staates findet sich der Bürger in der Rolle des Befehlsempfängers, des Dienstleistungsempfängers und des Bittstellers. Auf der Input-Seite stehen zuvorderst die Rolle des Wählers und des Steuerzahlers.

Kontakt zwischen Staat und Bürger findet zudem nicht nur in unterschiedlichen Rollen, sondern im Alltag nur punktuell wahrnehmbar und mit verschiedensten Ansprechpartnern seitens des hochgradig ausdifferenzierten Staatsapparats statt. Dies verstellt den Blick auf den übergeordneten Zusammenhang zwischen Staat und Bürger.⁴ Einerseits fällt es den Bürgern schwer, die verschiedenen Rollen, in denen sie dem Staat begegnen, zur übergeordneten Rolle des kollektiven Souveräns zusammenzuführen. Andererseits ist kaum nachzuvollziehen, dass die verästelte Organisation von Politik und Verwaltung letztendlich die Manifestation unseres Gemeinwesens ist.

Insgesamt lässt sich also diagnostizieren, dass Arbeitsteilung, Rollendifferenzierung und übermäßige Mittelbarkeit letztendlich zu einer Entfremdung zwischen Bürger und Staat führen.

Warum mehr Partizipation? – Eine kommunitaristische Diagnose

Im Kommunitarismus steht die Entfremdung zwischen Bürger und Staat im Fokus. Diese philosophische Denkrichtung ist insbesondere als Kritik am atomistischen Menschenbild des Liberalismus zu verstehen, das den Menschen auf einen hypothetischen Urzustand als »ungebundenes Selbst«⁵ reduziert. Diesem Menschenbild zufolge schließen die Menschen sich nur aufgrund eines individuellen Nutzenkalküls zu Gemeinwesen zusammen. Der Kommunitarismus hingegen stellt die Zugehörigkeit zu einem oder mehreren Gemeinwesen als konstitutive Eigenschaft des Menschen heraus.

Demnach entscheidet nicht das Rationale, sondern das Emotionale über die Bildung einer Gemeinschaft. Emotionale Gemeinschaftsbindung und ihre Ausbildung durch das aktive Erleben der Gemeinschaft stehen im Zentrum der kommunitaristischen Staatstheorie.

Die kommunitaristische Antwort auf die Entfremdung zwischen Bürger und Staat ist offensichtlich: Die Bindung zu den Mitbürgern kann nur gestärkt werden, wenn mehr direkte Zusammenarbeit stattfindet, über die das Gemeinwesen in der Lebenswelt der Bürger greifbar wird.⁶ Die Steuerung und Umsetzung von Gemeinschaftsaufgaben an zentral organisierte Instanzen muss also mindestens so weit um kooperative und partizipative Elemente ergänzt werden, wie es nötig ist, um diese Instanzen als ausführende Organe der Gemeinschaft und nicht als eigensinnige Akteure begreifen zu können. Kurz gesagt erzeugen mehr direkte Kooperation der Bürger untereinander sowie die gemeinsame Produktion öffentlicher Leistungen ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und somit auch einen größeren Partizipationswillen.

Warum reicht politische Partizipation nicht aus? – Das Beispiel der Bürgerkommune

Das Reformmodell der Bürgerkommune, das seit den 1990er Jahren in deutschen Kommunen zunehmende Beliebtheit erfährt, greift diese Wirkungskette auf. Im Konzept der Bürgerkommune werden dabei drei Beteiligungsrollen der Bürger unterschieden: der politische Auftraggeber, der Kunde und der Mitgestalter.⁷ Die Rolle des Auftraggebers manifestiert sich beispielsweise in Bürgerforen, Bürgerwerkstätten und Bürgerhaushalten, die allen interessierten Bürgern offenstehen. Dort werden zu einer spezifischen Fragestellung Empfehlungen abgegeben oder sogar bindende Entscheidungen getroffen. Hintergedanke ist, die Arbeitsteilung zwischen Wähler und Repräsentant teilweise aufzuheben: Indem die Steuerung und politische Verantwortung des Gemeinwesens für den einzelnen Bürger zugänglich wird, kann dieser seine Macht als kollektiver Souverän erfahren.

Die Rolle des Kunden bezieht sich auf eine höhere Bürgerorientierung der Verwaltung. So wird einerseits die Entfremdung der Verwaltung vom Bürger und Überbleibsel einer obrigkeitsstaatlichen Geisteshaltung angegangen. Andererseits soll auf Seite der Bürger ein Anspruchsdenken geweckt werden, das sich aus einem Bewusstsein für ihre Rechte als kollektiver Souverän ergibt.

Als Mitgestalter sollen die Bürger aktiv in die Produktion öffentlicher Leistungen einbezogen werden, beispielsweise indem Bürgerstiftungen Bibliotheken betreiben oder einzelne Bürger sich in der kommunalen Bildungs-, Betreuungs- und Sozialarbeit engagieren. Auf diese Weise wird das abstrakte Konstrukt des Staates als Produzent von Gemeinschaftsgütern, im Auftrag und unter Finanzierung der Bürger, unmittelbar greifbar.

Bei der praktischen Umsetzung der Bürgerkommune lag der Schwerpunkt bisher klar auf politischer Partizipation. Angebote zur politischen Partizipation alleine können einem mangelnden Partizipationswillen jedoch nicht entgegenwirken. Die bekannten Formen der politischen Partizipation in der Bürgerkommune sind freiwillige Übertragungen von Entscheidungsbefugnissen durch das etablierte politisch-administrative System. Dadurch droht sogar eine verstärkte Wahrnehmung von Top-Down-Prozessen – und somit eine weitere Entfremdung seitens der Bürger. Der Bürger *darf* sich hier beteiligen. Ein Selbstverständnis als kollektiver Souverän kann er aber nur entwickeln, wenn sich politische Partizipation aus einem *Recht* zur Mitentscheidung ergibt.

Die Kundenrolle des Bürgers hat durch den Siegeszug des Neuen Steuerungsmodells auch weit über das Leitbild der Bürgerkommune hinaus an Bedeutung gewonnen. Diese Bürgerorientierung fügt sich nahtlos in die vorhergehenden Überlegungen: sie stellt die logische Konsequenz aus der Betonung des Staates als ausführendem Organ des Gemeinwesens und dem Bürger als dessen kollektivem Souverän dar. Durch Bürgerorientierung allein wird dieser Zusammenhang jedoch nicht sichtbar. Denn auch privatwirtschaftliche Unternehmen zeichnen sich durch eine hohe Dienstleistungsorientierung aus, ohne dass eine gemeinschaftliche Beziehung vorliegt.

Die Mitgestalterrolle der Bürger im Kontext des Kommunitarismus halte ich für den Schlüssel, um der Entfremdung zwischen Bürger und Staat entgegenzuwirken. Indem sich die Bürger aktiv an der Produktion von Gemeinschaftsgütern beteiligen, können sie ihre Gemeinschaftsbindung unmittelbar erfahren. Die Politikwissenschaftler Jörg Bogumil und Lars Holtkamp, Vordenker der Bürgerkommune, unterscheiden hierbei drei Wirkungen: »die Selbsthilfe (›Wir tun etwas für uns‹), das klassische Ehrenamt (›Wir tun etwas für andere‹), das bürgerschaftliche Engagement [...] (›Wir tun etwas für andere und damit etwas für uns selbst‹)«. ⁸ Wenn der Staat als Vehikel dieser Wirkungen wahrgenommen wird, ist die Entfremdung erfolgreich aufgehoben. Zusätzlich wird bei einem solchen »Dienst am Gemeinwesen« im Gegen-

satz zu den weitgehend unsichtbaren Steuerzahlungen der Zusammenhang zwischen individueller Investition und gemeinschaftlichem Produkt sichtbar.

Diese praktische Beteiligung steigert nicht nur die Identifikation mit dem Gemeinwesen, sondern folglich auch den Partizipationswillen und -anspruch. Wer mitarbeitet, will auch mitreden: Als Ownership ist dieser Effekt in der partizipativen Entwicklungszusammenarbeit seit Jahrzehnten anerkannt.⁹

Natürlich ist bei einer solchen sogenannten »bürgerschaftlichen Koproduktion« auch die Beteiligung der Bürger bei der Planung und Entscheidung unabdingbar, um das Selbstverständnis als kollektiver Souverän zu stärken. Im Sinne des Ownership wird politische Partizipation nun als ein aus der Mitarbeit erwachsenes Recht verstanden und nicht als eine großzügig gewährte Mitsprachemöglichkeit.

Bürgerschaftliche Koproduktion ist also das Fundament, auf dem sich weitere Partizipationsformen erst richtig entfalten können. Diese Säule der Bürgerkommune wird in der Praxis allerdings oft vernachlässigt, da sie eine dauerhafte Umstellung der Verwaltungsstruktur erfordert. Die am häufigsten umgesetzte Variante ist die Übertragung einzelner Aufgaben, z. B. der Betrieb von Sporthallen oder Bibliotheken, an Vereine und Bürgerstiftungen. Dies ist mit vergleichsweise wenig Aufwand verbunden und kann analog zu Verträgen mit Unternehmen gesteuert werden. Ob so aber einer breiten Masse der Bürger die Mitgestalterrolle eröffnet wird, ist fraglich. Deshalb konzentriere ich mich im Folgenden auf Formen der bürgerschaftlichen Koproduktion, die auch unorganisierten Einzelpersonen die Beteiligung ermöglichen.

Die praktischen Erfahrungen mit dem Modell der Bürgerkommune zeigen, dass konventionelle Formate der Bürgerbeteiligung allesamt recht aufwendig und teuer sind.¹⁰ Auch bei der Mobilisierung der Bürger sind die Resultate ernüchternd. Bürgerschaftliche Koproduktion erleichtert zwar die Mobilisierung für politische Partizipation, das Problem der hohen Kosten bleibt jedoch bestehen.

Um eine ernsthafte Alternative zu klassischen Partizipationsformen zu bieten, muss die Koordination der bürgerschaftlichen Koproduktion also sowohl kostengünstig sein als auch eine breite Mobilisierung von Einzelpersonen ermöglichen.

Wo können sich Bürger als Koproduzenten beteiligen? – Lehren aus dem Neuen Steuerungsmodell

Die Organisation der öffentlichen Verwaltung wurde in den letzten zwei Jahrzehnten maßgeblich durch das Neue Steuerungsmodell geprägt. Ein Kernelement dieses Modells ist die Auslagerung von Teilaufgaben der Verwaltung an private Unternehmen. Daraus können wertvolle Lehren für die Auslagerung in bürgerschaftliche Koproduktion gezogen werden.

Dabei werden nach dem Staatsleitbild des Gewährleistungsstaats¹¹ zunächst zwei Arten von Aufgaben unterschieden: Staatliche Kernaufgaben, die nicht ausgelagert werden können, und Gewährleistungsaufgaben, für die der Staat nur die Qualität der Dienstleistung garantieren muss. Unterschieden wird anhand der strategischen Bedeutung einer Aufgabe, d. h. ob eine kurz- oder mittelfristige Versorgungslücke tolerierbar ist, und ihrer Spezifität, also benötigtem Fachwissen oder Spezialgeräten.¹²

Die Auslagerung an private Dienstleister ist nie so zuverlässig wie die Eigenerstellung durch die Verwaltung, z. B. aufgrund der nie ausschließbaren Gefahr einer Insolvenz. Während sich für wenig spezifische Aufgaben am Markt problemlos ein Ersatzdienstleister finden lässt, droht bei hochspezifischen Aufgaben die Abhängigkeit von einem Anbieter. Deshalb werden Aufgaben, die hochspezifisch sind und bei denen auch kurzfristige Versorgungslücken nicht toleriert werden können, als sogenannte staatliche Kernaufgaben eingestuft, die stets in Verwaltungshand bleiben müssen.

Strategisch wichtige Aufgaben müssen daher für die bürgerschaftliche Koproduktion grundsätzlich ausgeschlossen werden, da bereits privatwirtschaftliche Verträge hierfür nicht zuverlässig genug sind. Der Versuch, mit strengen Leistungsvereinbarungen bei der bürgerschaftlichen Koproduktion ein ähnliches Maß an Zuverlässigkeit zu erreichen, würde diese Form des Engagements zudem vollkommen unattraktiv machen.

Für spezifischere Aufgaben ist Koproduktion dagegen denkbar, wenn beispielsweise die Anleitung durch einen kompetenten Verwaltungsmitarbeiter ausreicht. Optimal für Koproduktion sind strategisch unbedeutende, eher unspezifische Aufgaben: Ein klassisches Beispiel aus den Bürgerkommunen für eine solche Aufgabe sind Spielplatzpatenschaften. Hier halten engagierte Bürger Spielplätze in ihrer Umgebung sauber, führen einfache Reparaturen selbst durch und melden größere Schäden der Kommunalverwaltung.

Die Erfahrungen des Neue Steuerungsmodells zeigen, dass die Auslagerung von Aufgaben vor allem dann erfolgreich ist, wenn klare Leistungsvereinbarungen geschlossen werden. Deren Einhaltung muss die Verwaltung kompetent überwachen und mit Sanktionsmechanismen durchsetzen können. Diese Kompetenzen muss auch das Partizipationsmanagement der bürgerschaftlichen Koproduktion mitbringen, wenn ein Mindestmaß an Zuverlässigkeit und Effizienz erreicht werden soll.

Wie kann bürgerschaftliche Koproduktion gesteuert werden? – Die neuen Möglichkeiten des Internets

In einem Werk zur Kommunalreform aus dem Jahr 1997 weist der Verwaltungswissenschaftler Dietrich Budäus Bürgerbeteiligung aufgrund einer »Arithmetik der Partizipation«, die sich aus Raum-, Mengen- und Zeitproblemen ergibt, in enge Schranken. In einer Fußnote prognostiziert er: »Auch neue technologische Möglichkeiten (z. B. Internet) ändern an diesen Problemen im Prinzip nichts.«¹³

Seit 1997 haben sich die Möglichkeiten des Internets jedoch potenziert: Soziale Medien wie Facebook oder Twitter haben das Kommunikationsverhalten nachhaltig verändert. Die anhaltende Welle des Web 2.0 bettet immer mehr Dienstleistungen in virtuelle soziale Netzwerke ein. Durch die weite Verbreitung von mobilen Datengeräten wie Smartphones ist das Internet zudem fast allgegenwärtig geworden.

Unter der Überschrift »Open Government« sammeln sich inzwischen zahlreiche Ansätze, die mit Hilfe des Internets mehr politische Partizipation und Transparenz des politisch-administrativen Systems erreichen wollen. Mit der Piratenpartei und ihrer offenen Vorschlags- und Entscheidungsplattform »Liquid Democracy« sind diese Methoden bereits in der deutschen politischen Landschaft angekommen. Die kollaborative Online-Enzyklopädie Wikipedia und hochkomplexe, gemeinschaftlich programmierte Open-Source-Software beweisen zudem, dass internetbasierte Koordinationsformen auch produktiv sein können. Budäus' »Arithmetik der Partizipation« wird so zwar nicht ausgehebelt, ihre Grenzen jedoch weit nach oben verschoben.

Mit Blick auf die bürgerschaftliche Koproduktion stellt sich also die Frage: Kann ein internetbasiertes Partizipationsmanagement die identifizierten Anforderungen an die bürgerschaftliche Koproduktion erfüllen?

Zunächst erleichtert eine internetbasierte Lösung die Mobilisierung der Bürger. Denn klassische Formen der Ansprache leiden entweder unter geringer Reichweite (z. B. Aushänge in Rathäusern) oder hohen Kosten (Werbung in Massenmedien). Elektronische Medien hingegen verursachen vernachlässigbar geringe Kosten, können zielgerichteter eingesetzt werden und erreichen ihre Zielgruppe bequem am heimischen Schreibtisch oder über das Smartphone.

Durch die dynamische Verknüpfung und Darstellung von Informationen können über Internet-Plattformen komfortabel Termine gefunden sowie den Bürgern Aufgaben passend zu ihrem Interessenprofil vorgeschlagen werden. Dies senkt den Aufwand und somit die Hürde für freiwilliges Engagement seitens der Bürger. Die Aufteilung in klar eingegrenzte Aufgaben und die flexible Zuordnung kommen der Scheu vor langfristigen Verpflichtungen entgegen, die die Ehrenamtsforschung als zunehmenden Trend ausgemacht hat.¹⁴ Gleichzeitig kann bürgerschaftliche Koproduktion über das Internet transparent und öffentlich gemacht werden. So erhält der Einzelne Anerkennung für seinen Einsatz und sieht, dass auch seine Mitbürger sich für die Gemeinschaft engagieren. Gemeinsam mit der direkten Zusammenarbeit ist dies vermutlich der effektivste Weg, Gemeinschaftsbindung zu fördern und der Entfremdung von Staat und Bürger entgegenzuwirken.

Internetplattformen und die Interaktion über diese werden durch Protokolle gesteuert. Die Standardisierung und Automatisierung von Abläufen und Kommunikation durch Protokolle erleichtert eine dezentrale Form der Koordination, bei der die Rolle der beteiligten Verwaltungsmitarbeiter weniger prominent ist und Kosten verringert werden.

Der Medienwissenschaftler Alexander Galloway schreibt über Protokolle: »These conventional rules that govern the set of possible behavior patterns within a heterogeneous system are what computer scientists call protocol. Thus, protocol is a technique for achieving voluntary regulation within a contingent environment.«¹⁵ Die Vorgabe von Interaktionsmustern in virtuellen sozialen Netzwerken durch Protokolle vereinfacht Koordination und Selbstregulierung. So haben beispielsweise die Transaktionsprotokolle von Online-Marktplätzen den Bedarf nach Zwischenhändlern eliminiert. Die vertrauensbildende Funktion des Zwischenhändlers wird dabei unter anderem durch Reputationssysteme ersetzt, die Kontrolle und Sanktionen unter den Nutzern und innerhalb der Logik des Online-Marktplatzes ermöglichen. Durch die Verbindung derartiger Systeme mit nicht-virtuellen Sanktionsmöglichkeiten der Verwaltung bei Nichterbringung einer vereinbarten Leistung

kann auch die bürgerschaftliche Koproduktion effizient kontrolliert werden. Da sämtliche Falldaten wie Aufgaben, Freiwillige und Termine bereits elektronisch erfasst sind, gestaltet sich das Partizipationsmanagement auch für die Verwaltung einfacher.¹⁶ Eine erste Leistungs- und Ergebniskontrolle kann beispielsweise durch Standortinformationen oder Belegfotos, die von den Freiwilligen direkt per Mobiltelefon in die Beteiligungsplattform eingespeist werden, erfolgen. Auch die Nachkontrolle kann durch einen Verwaltungsmitarbeiter mit mobilem Datengerät durchgeführt werden, dessen Termin- und Wegplanung anhand der Falldaten in der Beteiligungsplattform optimiert wird.

Menschen ohne Zugang zum Internet können diese Beteiligungsplattform über persönliche Beratungsstellen, z.B. die weit verbreiteten Freiwilligenagenturen, nutzen. Mein Vorschlag hat einige Parallelen zu diesen Freiwilligenagenturen, unterscheidet sich jedoch in wesentlichen Punkten: So beschränken sich Freiwilligenagenturen auf die Vermittlung von Freiwilligen an Vereine und ähnliches, mein Vorschlag zielt hingegen auf ein umfassendes Management von individuellen Freiwilligen und ihren Einsatz für klar eingegrenzte Aufgaben. Zusätzlich wird die Zahl der Menschen ohne Internetzugang in den nächsten Jahren stetig sinken,¹⁷ so dass eine persönliche Beratung zu Partizipationsmöglichkeiten nur noch in Ausnahmefällen nötig sein wird.

Im Gegensatz zu vielen der über Freiwilligenagenturen vermittelten Tätigkeiten muss für bürgerschaftliche Koproduktion eine Aufwandsentschädigung geboten werden. Nicht nur, um die Attraktivität der bürgerschaftlichen Koproduktion als freiwilliges Engagement zu fördern, sondern auch aus Gerechtigkeitsaspekten. Aufgaben, die zuvor gemeinschaftlich aus Steuern finanziert wurden, dürfen nicht in Folge der bürgerschaftlichen Koproduktion auf Kosten der einzelnen Freiwilligen erbracht werden. Zudem kann so verhindert werden, dass besonders engagierte Freiwillige sich langfristig als »wahre« Träger des Gemeinwesens gerieren und reinen Steuerzahlen das Mitspracherecht absprechen.

Schlussendlich ist eine internetbasierte Beteiligungsplattform allein nicht die Antwort. Der entsprechende Umbau der Verwaltung, personelle Investitionen in das Partizipationsmanagement und das Herstellen von Vertrauen unter den Bürgern sowie zwischen Verwaltung und Bürgern ist unerlässlich. Die vorgeschlagene Plattform kann jedoch eine katalysierende Wirkung für die Gemeinschaftsbindung haben und hat gleichzeitig das Potential, bekannte Probleme partizipativer Formate zu vermeiden.

Fazit

In diesem Essay habe ich gezeigt, dass Politikverdrossenheit auf die Entfremdung zwischen Bürger und Staat zurückzuführen ist. Die Rückkopplung über Wahlen und Steuern ist schlichtweg zu abstrakt, um eine emotionale Bindung zum Gemeinwesen zu entwickeln. Aus Sicht des Kommunitarismus ist aber genau dies nötig, um eine Identifikation und somit Partizipationsbereitschaft zu entwickeln. Erfahrungen mit verschiedenen Partizipationsformen aus den Bürgerkommunen zeigen, dass klassische Formen des Partizipationsmanagements sehr aufwendig sind. Zudem illustrieren sie, dass politische Partizipation mit praktischer Partizipation, der bürgerschaftlichen Koproduktion, einhergehen muss.

Virtuelle soziale Netzwerke erlauben hierfür ein effizienteres und transparenteres Partizipationsmanagement. Gleichzeitig können Ergebniskontrolle und Sanktionsmechanismen, zwei Erfolgsfaktoren aus den Erfahrungen des Neuen Steuerungsmodells, problemlos integriert werden. Das Neue Steuerungsmodell bietet zudem anhand strategischer Bedeutung und Spezifität eine erste Orientierung, welche Aufgaben in bürgerschaftliche Koproduktion gegeben werden können.

Daher empfehle ich den Aufbau lokaler internetbasierter Beteiligungsplattformen, um die deutsche Demokratie zu revitalisieren und so die langfristige Legitimität und Stabilität des politischen Systems zu sichern.

¹ Arzheimer, Kai (2002): *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

² Wiesendahl, Elmer (2011): *Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien. Demokratie in Deutschland 2011*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

³ Embacher, Serge (2011): *Einstellungen zur Demokratie. Demokratie in Deutschland 2011*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

⁴ Benda, Ernst (1983): »Staatsverfassung oder Bürgerverfassung?«. Rede im Übersee-Club in Hamburg am 25. März 1983.

⁵ Sandel, Michael J. (1998): *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.

⁶ Haus, Michael (2001): *Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und lokaler Politik: Zwischen deliberativer Demokratie und kommunitärer Solidarität*. Beitrag für die Tagung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung in der DVPW »Lokale Politik und Bürgergesellschaft« am 15./16. März 2001 in Heppenheim/Bergstraße.

⁷ Bogumil, Jörg (1999) »Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Der Bürger als Auftraggeber, Mitgestalter und Kunde«. In:

- Kubicek, Herbert u.a. (Hrsg.): *Multimedia @ Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999*. Heidelberg: Hüthig Verlag, 51–61.
- ⁸ Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2002): *Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 27.
- ⁹ Sangmeister, Hartmut (2009): *Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos, 19.
- ¹⁰ Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2002): *Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- ¹¹ Bogumil, Jörg; Jann, Werner (2008): *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: vs Verlag für Sozialwissenschaften, 71.
- ¹² Picot, Arnold; Wolff, Brigitte (1994): »Zur ökonomischen Organisation öffentlicher Leistungen: ›Lean Management‹ im öffentlichen Sektor?«. In: Naschold, Frider; Pröhl, Marga: *Produktivität öffentlicher Dienstleistungen. Dokumentation eines wissenschaftlichen Diskurses zum Produktivitätsbegriff*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 51–120.
- ¹³ Budäus, Dietrich (1997): *Kommunitarismus – eine Reformperspektive? Eine kritische Analyse kommunitaristischer Vorstellungen zu Gesellschafts- und Verwaltungsreform*. Berlin: Edition Sigma, 48.
- ¹⁴ Becker, Elke (2009): *Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung*. Berlin: Maecenata Verlag, 16.
- ¹⁵ Galloway, Alexander R. (2004): *Protocol: how control exists after decentralization*. Cambridge: MIT Press, 7.
- ¹⁶ Brüggemeier, Martin; Dovifat, Angela; Kubisch, Doreen; Lenk, Klaus; Reichard, Christoph; Siegfried, Tina (2006): *Organisatorische Gestaltungspotenziale durch Electronic Government*. Berlin: Edition Sigma.
- ¹⁷ Deutschland Online (2007): *Studie Deutschland Online 2007*. Bonn: Deutschland Online.